

Der Weg zur Europa-Währung

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein**

Band (Jahr): - **(1971)**

Heft 2

PDF erstellt am: **28.06.2024**

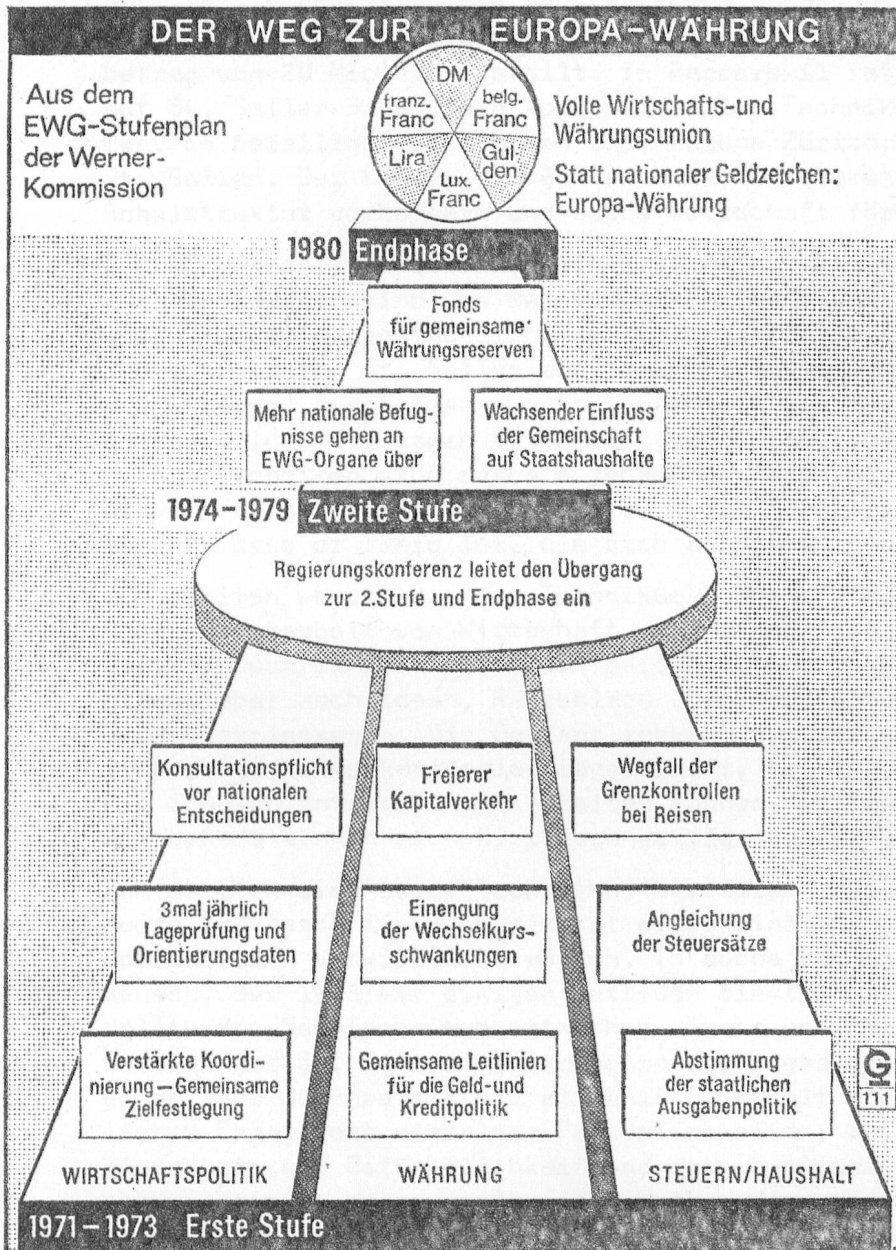
Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-938679>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Marschroute für ein Jahrzehnt.

Die Marschroute ist abgesteckt, nun heisst es marschieren. Der erste Schritt muss von der Kommission und vom Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften getan werden, nämlich durch die Entscheidung der Wirtschafts- und Währungsunion der Gemeinschaft. Dieser Plan, von einer Arbeitsgruppe unter Vorsitz des luxemburgischen Ministerpräsidenten Werner ausgearbeitet, folgt dem Beschluss der EWG-Regierungschefs vor einem Jahr die EWG beschleunigt auf ein Wirtschaftsunion hin zu entwickeln. Entscheidende Fortschritte - das macht der Werner-Plan unmissverständlich klar - sind nur zu erzielen, wenn der politische Wille zur Union besteht, den nur so werden die Mitgliedsländer zu Souveränitätsverzicht zugunsten der Gemeinschaft bereit sein. Das aber ist es, was der Stufenplan von den Ländern fordert; zunächst in der milden Form von verstärkter Koordination, das heisst Orientierung der Wirtschafts-, Währungs-

und Haushaltspolitik an gemeinsamen Zielvorstellungen. In der zweiten Stufe und vollends in der Endphase aber geht es nicht ohne Uebertragung nationaler Befugnisse an die Gemeinschaftsorgane. So bedingt eine gemeinsame Währung, die die Wirtschaftsunion besiegeln müsste, die Einmündung der nationalen Notenbanken in ein gemeinschaftliches Zentralbanksystem - ebenso wie wirtschaftspolitische Entscheidungen ab 1980 weniger von den Einzelländern als weit mehr von einem Gemeinschaftsorgan zu treffen wären.